

NEUE STRUKTUREN, DIMENSIONEN UND AUSWIRKUNGEN INTERNATIONALER MILITÄRISCHER INTERVENTIONEN

- DIE ERSTEN STATIONEN IM „PERMANENTEN KRIEG“? DER BLICK AUF DEUTSCHLAND

Tobias Pflüger

Obwohl sich Deutschland nicht am Irak-Krieg beteiligen will, hat es im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen aus dem NATO-Vertrag eine Reihe von Aufgaben am Rande des zukünftigen Kriegsschauplatzes übernommen. Der Autor erläutert detailgenau, inwieweit deutsche Streitkräfte schon jetzt an diesem Konflikt beteiligt sind und welche Folgen der weltweite Einsatz der Bundeswehr für die Zukunft der Sicherheitspolitik in Deutschland haben könnte.

Tobias Pflüger, ist Politikwissenschaftler und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (<http://www.imi-online.de>). Er ist u. a. Autor des Buches „Die neue Bundeswehr“, ISP – Verlag 1998, und Mitglied der Redaktion der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ (<http://www.iwif.de>). Derzeit promoviert Tobias Pflüger über „Neue deutsche Militärpolitik“. Tobias Pflüger ist zudem Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac (www.attac-netzwerk.de).

DER WELTPOLITISCHE AUFSTIEG DEUTSCHLANDS MIT MILITÄRISCHEN MITTELN - IM KONTEXT DES IRAKKRIEGES.

Nach den brutalen Anschlägen des 11. September 2001 begannen die USA mit einer ad-hoc-Koalition am 7. Oktober 2001 einen Krieg gegen das von den Taliban beherrschte Afghanistan. US-Präsident George W. Bush rief mit „Enduring Freedom“ den umfassenden „Krieg gegen den Terror“ aus. Dieser Krieg dauert nach verschiedenen Phasen bis heute an. Afghanistan ist nur die erste Station eines „permanenten Krieges“.¹ An dieser Ad-hoc-Koalition beteiligte sich auch die Bundesrepublik Deutschland mit bis zu 3.900 Soldaten. Die Dimension der Auslandseinsätze der Bundeswehr wurde dadurch umfangreich ausgeweitet.

US-Vizepräsident Dick Cheney erklärte in Nashville am 26. August 2002, dass sich terroristische Netzwerke in bis zu 60 Staaten befänden, die US-Regierung behalte es sich vor, die Terroristen oder die sie beherbergenden Staaten anzugreifen.² Mit dieser Rede wurde auch der Startschuss zum geplanten Krieg gegen den Irak gegeben. „USA blasen zum Krieg“, titelte die *taz* damals.³

Nach den brutalen Terroranschlägen des 11. September erklärte Gerhard Schröder für die Bundesregierung die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA im „Krieg gegen den Terror“. Damit war klar, deutsche Soldaten würden sich an diesem umfassenden Krieg beteiligen. US-Präsident George W. Bush erklärte, der Krieg gegen „den Terrorismus“ – was immer auch „der“ Terrorismus sein soll – werde solange geführt, bis alle Terroristen „ausgeräuchert“ seien. Es wird immer terroristische Aktionen geben und die hegemoniale Wirtschafts- und Kriegspolitik der USA und ihrer Verbündeten – wie Deutschland – wird wohl leider immer mehr Gruppen und Menschen dazu bringen in einer Art „asymmetrischer“ Kriegsführung mit Terroranschlägen gegen die Dominanzpolitik der USA und ihrer Verbündeten zu agieren. Damit ist klar, spätestens seit dem 11. September befinden sich die USA und Verbündeten wie Deutschland in einem „permanenten Krieg“.

DEUTSCHLAND UND DIE NATO NACH DEM PRAGER GIPFEL

NATO-Generalsekretär George Robertson bezeichnete schon im Februar 2002 den Prager NATO-Gipfel als »historische Wegmarke«, der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, der deutsche General Harald Kujat, meinte: »Die NATO steht mit diesem Gipfel am Scheideweg.« Was ist gemeint? Was passierte auf diesem NATO-Gipfel am 21. und 22. November 2002 in der Hauptstadt der Tschechischen Republik? Direkt und indirekt standen nicht weniger als sechs für die Zukunft der NATO zentrale Punkte auf der Tagesordnung: 1. Diskussion über die (Teil-)Übernahme der Bush-Doktrin als NATO-Strategie, 2. NATO-Osterweiterung, 3. Neue Aufgabenstellung und neue Ziele für die NATO, 4. Verbindliches Aufrüstungsprogramm für alle NATO-Staaten, 5. Aufstellung einer NATO-Interventionstruppe (»NRF«) mit 21.000 Mann und Frau, 6. Die Position der NATO und der einzelnen Regierungen zum Irak-Krieg. Dazu kamen: Überprüfung der Rolle der NATO bei den Einsätzen auf dem Balkan und die Beziehungen zu Nicht-NATO-Staaten.

Einen Punkt suchte man vergeblich auf der Agenda, er wurde schon vor dem NATO-Gipfel durch die Hintertür eingeführt: Der Einsatzradius der NATO soll in Zukunft global sein und nicht mehr auf das NATO-Gebiet beschränkt bleiben. Unverwechselbar klar ist dazu wieder einmal *Die Welt*: »Die NATO bereitet sich auf Einsätze in der ganzen Welt vor«. ¹⁸ Die Militärzeitschrift *IAP* wurde noch deutlicher: Es geht um eine neue »geopolitische Ausrichtung nach Süden«. ¹⁹

Der wesentlichste Punkt auf dem Prager NATO-Gipfel und für die Zukunft der NATO an sich war deshalb die Debatte, ob die verbindliche US-Militärstrategie, die National Security Strategy (NSS), besser bekannt als Bush-Doktrin, in ihren Kernteilen von der NATO als Strategie übernommen wird oder nicht. Wolfgang Schäuble hatte im Bundestag eine Übernahme der NSS und die Zustimmung zu Präventivkriegen gefordert. Was das heißt, ist

vielen nicht bewusst. Es bedeutet, dass die beiden Kernelemente der Bush-Doktrin verbindlicher Teil der NATO-Strategie werden: Führung von Präventivkriegen, wenn die Regierenden die Hegemonie bedroht sehen, und »niederschwelliger« Einsatz von Atomwaffen.

Osterweiterung

Nachdem in einer ersten Runde 1999 Ungarn, Tschechien und Polen in die NATO aufgenommen wurden, erging nun in Prag die Einladung an Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Der Beitritt selbst soll im Mai 2004 erfolgen. Albanien, Mazedonien und Kroatien hatten ebenfalls beim »Membership Action Plan« mitgemacht. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine Überprüfung der NATO-Kompatibilität der Armeen, die Zusage der Kandidaten für eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben und die Überprüfung von möglichst nicht auffälligen Menschenrechts- oder Demokratiedefiziten. Nach Angaben des ehemaligen NATO-Generals Wesley Clark wären die neuen NATO-Kandidaten bei einem möglichen Irak-Krieg auch dabei. Er geht von einem Kriegsbeginn Ende Januar und der Teilnahme von Italien, Spanien, den USA, Großbritannien, Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien, Lettland, Litauen und Estland aus.

Nach dem 11. September 2001 hatte die NATO eindeutig einen Bedeutungsverlust zu verzeichnen. Der von den westlichen Regierungen unter Führung der US-Administration ausgerufenen permanenten Krieg (offiziell »Anti-Terror-Krieg«) wird in Ad-hoc-Koalitionen geführt. Die NATO wurde außer für die Ausrufung des Bündnisfalles nicht »gebraucht«. NATO-Generalsekretär George Robertson drängte deshalb – in Übereinstimmung mit den wichtigsten NATO-Regierungen – darauf, dass sich die NATO neuen Aufgabenbereichen und Zielen verschreibt: Der Pakt soll eine Art »Neue Anti-Terror-Organisation« (NATO) werden, weltweit einsetzbar. Als weiteres zentrales Ziel soll die NATO die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bei anderen Staaten unterbinden. Normalerweise wäre für eine solche Aufgabenverän-

derung ein neues strategisches Konzept vonnöten, doch da das geltende von 1999 noch zu jung ist, um schon wieder ein neues aufzulegen, werden eben einfach die Aufgaben der NATO »angepasst«.

Aufrüstungsprogramm

Eine zunehmende Kluft zwischen den militärischen Fähigkeiten der USA und der europäischen NATO-Staaten machte der NATO-Generalsekretär vor dem Gipfel aus. So wurde in Prag ein verbindliches Aufrüstungsprogramm für alle (neuen und alten) NATO-Staaten beschlossen. »Wir müssen flexiblere und mobilere Streitkräfte entwickeln. Die schnelle Verlegung von Truppenteilen und ihrer Ausrüstung in alle Teile der Welt muss verbessert werden«, so George Robertson gegenüber *Die Welt*. Folgende Bereiche sollen in allen Staaten umfangreich aufgerüstet werden (in militärischer Sprache): »Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Angriffe, Gewährleistung der Überlegenheit auf dem Gebiet der Führungs-, Fernmelde- und Informationssysteme, Verbesserung der Interoperabilität dislozierter Streitkräfte und zentraler Aspekte der Leistungsstärke bei Kampfeinsätzen sowie Gewährleistung der raschen Dislozierbarkeit und der langfristigen Durchhaltefähigkeit von Streitkräften.« Übersetzt bedeutet dies eine bessere Kriegsführungsfähigkeit und weitere »qualitative« Aufrüstung. Die NATO wird gegenüber allen Mitgliedstaaten Druck machen, dass sie mehr kampforientierte Truppen mit mehr kriegstauglichem Material zur Verfügung stellen, das geht einher mit zum Teil deutlichen Erhöhungen der Militärhaushalte und bedeutet bezogen auf die Bundeswehr einen verschärften Aus- und Aufbau von kriegsführungsfähigen Truppen (»Einsatzkräften«). In einer „Prager Verpflichtungserklärung“ haben alle Mitglieds-Staaten (und alle Kandidaten) bestimmte Bereiche übernommen, was dem Bündnis zu einer besseren Fähigkeit der Kriegsführung verhelfen soll. Konkret bedeutet das, dass sich Deutschland verpflichtet hat, „als Interimsmaßnahme C-17-Transportflugzeuge zu leasen“ und „ein Konsortium von Nationen mit dem Ziel der Bündelung von Lufttransportfähigkeiten und -ressourcen“ zu führen. Kanada, Frankreich, Italien, die

Niederlande, Spanien und die Türkei haben sich zum Kauf von „Aufklärungs-Drohnen“ verpflichtet, die Niederlande führen „ein Konsortium der Länder Kanada, Dänemark, Belgien und Norwegen zur Bündelung der Beschaffung präzisionsgelenkter Kampfmittel“, Spanien und die Niederlande beschaffen Waffen „zur Unterdrückung der gegnerischen Luftverteidigung“, Dänemark und Norwegen „tragen zur Luftbetankung bei“, und Spanien „führt ein Länderkonsortium, das Luftbetankungsfähigkeiten bündeln will“. „Norwegen und Deutschland haben sich zur Verbesserung maritimer Minenabwehrfähigkeiten verpflichtet“, Polen und Ungarn verbessern ihre Spür- und Abwehrfähigkeiten gegen nukleare, chemische und biologische Waffen (ABC-Waffen).

NATO-Interventionstruppe

Im Vorfeld des Prager NATO-Gipfels hatte die US-Regierung mit ihrer Forderung nach Aufstellung der NRF für Furore gesorgt. Jetzt wurde dies einvernehmlich beschlossen. Diese NATO-Interventionstruppe soll ab Oktober 2004 teilweise und ab 2006 vollständig bereitstehen. Aus einem jeweils von den NATO-Staaten bereitgehaltenen NRF-Pool soll sie zusammengestellt werden können und innerhalb kürzester Frist, die Rede ist von sieben bis 30 Tagen, in Kriege- und Konfliktregionen verbracht werden können. Die US-Regierung und dort besonders Donald Rumsfeld hatten diese Stand-By-Kriegführungstruppe schon zu einem Lackmустest für die Relevanz der NATO erklärt. Für Deutschland tun sich spezielle Probleme auf bei einer solch kurzen Vorwarnzeit, schließlich muss der Bundestag (noch) jeden der Auslandseinsätze beschließen. Die NATO-Truppe bietet nun denjenigen, die diesen »Parlamentvorbehalt« abschaffen wollen, neue Munition, plötzlich ist das »Entsendegesetz«, mit dem der Bundestag ausgehebelt werden könnte und das in den Koalitionsverhandlungen gerade noch abgewendet wurde, wieder auf dem Tisch.

Zentrales politisches Problem für die Oberen der EU-Regierungen ist aber die sichtliche Konkurrenz dieser neuen NATO-Interventionstruppe zur geplanten EU-Interventionsarmee mit 60.000 Mann. Erst kurz vor dem NATO-Gipfel hatte die EU betont, dass

die Einsatzfähigkeit der EU-Truppe nächstes Jahr erreicht sein soll. Deutschland spielt bei der EU-Truppe sowohl quantitativ (»Ein Drittel aus Deutschland«) als auch in der Befehlsstruktur eine wesentliche Rolle (das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow ist »Kern eines Operation Headquarters der EU«).

Doch es gibt erhebliche Probleme: Die EU-Truppe muss auf NATO-Material und NATO-Soldaten zurückgreifen. Bei der NATO blockiert aber die Türkei eine Zurverfügungstellung von NATO-Equipment, gegen eine türkische Mitsprache bei der EU-Truppe sträubt sich Griechenland. Doch damit nicht genug: Ab 15. Dezember sollte eigentlich die EU erstmals eine stationierte NATO-Truppe übernehmen, in Mazedonien. Doch das klappte nicht, der Streit zwischen Griechenland und der Türkei blockiert dies. Die französische Regierung wollte auf jeden Fall das Mazedonien-Mandat gleich unter EU-Flagge für ein Jahr erteilen, Deutschland, Großbritannien und die anderen EU-NATO-Staaten setzten sich durch, und so gab es noch einmal ein halbjährliches NATO-Mandat, bevor die Truppe unter EU-Flagge startet. Jedenfalls ist klar: Die NATO-Truppe ist auf der Überholspur, die EU-Truppe steckt im Stau. Bei der NATO heißt es: »Eine Konkurrenzsituation ist vorstellbar«. Ergebnis wird wohl trotzdem sein, dass beide Interventionstruppen herausgebildet werden.

Deutschland und der Irak-Krieg

Offiziell nicht auf der Tagesordnung auf dem Prager Gipfel war der geplante Irak-Krieg der USA und Großbritanniens; erwartungsgemäß war er dennoch das bestimmende Thema. Er wurde kaum noch kontrovers diskutiert. Nachdem die Wahlkampferte für SPD und Grüne eingefahren ist, sind die Äußerungen der Bundesregierung gegen einen Irak-Krieg deutlich leiser geworden. Der von Peter Struck versprochene Abzug der ABC-Panzer aus Kuwait bei Kriegsbeginn ist auf Wunsch von Joseph Fischer zurückgenommen worden.

Die Bundesregierung hatte diesmal im Bundestag relativ geräuschlos eine Verlängerung des »Enduring Freedom«-Mandats durchbe-

kommen, obwohl der Auftrag deutlich ausgeweitet wurde. Die ABC-Abwehrsoldaten in Kuwait wurden bestätigt. Die Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) haben einen erweiterten Auftrag erhalten. Nach wie vor ist aber unklar, was die KSK-Soldaten genau treiben und was sie mit möglichen Gefangenen machen. Auch die »Deutsche Marine«, die rund um Somalia, in Djibuti, Kenia, am Horn von Afrika etc. herumschippert, wird in Zukunft nicht mehr nur Küstenwache spielen und Öltransporte absichern, sondern nun auch Transporte zum Kriegsgebiet um den Irak begleiten.

Nach Ansicht von vielen Militärexperten ist klar, dass durch die Aufgabenstellung der ABC-Abwehrkräfte in Kuwait (Unterstützung von US-Soldaten) und deren Einbeziehung in den Gesamtverband vor Ort wie deren Unterstellung unter US-Befehl eine Einbeziehung deutscher Soldaten beim Irak-Krieg sehr wahrscheinlich geworden ist. Das gleiche gilt im übrigen auch für die multinationalen (und deutschen) Besatzungen beim geplanten Einsatz von AWACS. Deutschland wird also nicht mehr »nur« indirekt wie bisher, sondern wohl auch direkt am Irak-Krieg beteiligt sein.

Bisher laufen Truppentransporte zur Vorbereitung des Irak-Krieges über Frankfurt Airbase, Ramstein, Spangdahlem und Kriegssübungen in und um Grafenwöhr. Die Nutzung deutscher, britischer und US-amerikanischer militärischer Infrastruktur in Deutschland wird den kriegführenden Staaten durch die Bundesregierung nun auch offiziell ermöglicht (sie hätte hier die Möglichkeit und bei einem Angriffskrieg sogar die Pflicht, eine Nutzung zu untersagen).

Auch die Überflugrechte bei einem Irak-Krieg sind offiziell zugesagt worden. In Prag wurde von Seiten der Bundesregierung mitgeteilt, dass Deutschland Großbritannien und den USA wie beim Golfkrieg 1991 uneingeschränkte Überflugrechte erteilt. Auch wurde mitgeteilt, dass die USA und Großbritannien ihre Stützpunkte in Deutschland während des neuen Irak-Krieges zur Unterstützung der Kampfhandlungen nutzen können. Um welche Standorte es geht, ist auch schon klar: um die Verlegung der 1. Panzerdivision der U.S. Army im Kriegsfall. Die »Freigabe« des Transpor-

tes der Soldaten und ihres Kriegsmaterials aus den Kasernen in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zur Verschiffung nach Bremerhaven ist erfolgt. Wie die aus Europa und den USA abgezogenen US-Truppen und britischen Truppen »ersetzt« werden können, ist öffentlich noch nicht bekannt. Hier wird wohl Deutschland, das ja offiziell nicht mitbomben will, wohl an einer Reihe von Stellen in die Bresche springen.

Eine Kontroverse in Sachen Irak gab es auf dem NATO-Gipfel nicht, u.a. weil die Bundesregierung das erforderliche Veto innerhalb der NATO gegen einen Irak-Krieg nicht einlegen wollte. Mit ihrer Unterschrift unter die scharfe Erklärung des NATO-Gipfels zum Irak, in der einerseits die interpretierfähige UN-Resolution 1441 unterstützt wird und andererseits dem Irak bei »weiterer Verletzung seiner Pflichten ernsthafte Konsequenzen« angedroht werden, ist die Bundesregierung eindeutig von ihrer bisherigen Position abgewichen. Gleichzeitig ist damit klar, dass die NATO nicht direkt beim Irak-Krieg dabei sein wird, aber durch diese Gipfelerklärung die USA und Großbritannien in ihrem Kriegskurs unterstützt.

Über Israel oder die Türkei?

Die US-Regierung hat der Bundesregierung in Prag eine offizielle Anfrage für eine direkte Unterstützung beim Irak-Krieg zukommen lassen. Die Bundesregierung soll Flugabwehrraketen zur Verfügung stellen. Wo diese allerdings stationiert werden sollen, blieb offiziell offen. Dafür kommen aber nur zwei Staaten in Betracht: Die Türkei oder Israel.

Erst wenn die USA das nächste Kriegsziel Iran ins Visier nehmen, ist eine heftigere Auseinandersetzung zwischen den Regierungen der USA und Deutschlands wahrscheinlich. Im Falle des Iran gibt es einfach andere Interessen, sowohl im geopolitischen als auch im wirtschaftlichen Bereich. Hier liegt wohl ein weiterer Grund für die »Kriegsablehnung« der Bundesregierung, die andere Interessen hat in der Gesamtregion.

Der NATO-Gipfel bedeutet für Deutschland, dass Zusagen zur Erhöhung des Militärhaushaltes gemacht wurden, dass eine deutsche Teilnahme an der neuen NATO-Interventionstruppe erfolgt und die in Arbeit befindlichen neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) noch einmal umgeschrieben werden müssen, weil eine Light-Form von Präventivkriegen noch mit hinzukommt. Die Kriegspolitik von SPD und Grünen wird also munter fortgesetzt. Die Übernahme von weiterem Militärengagement in Afghanistan, auf dem Balkan und beim permanenten Krieg werden fortgesetzt werden, schließlich ist Deutschland schon heute nach den USA der Staat, der am meisten Truppen im Auslandseinsatz hat. Präventivkriege werden wohl nach dem Prager NATO-Gipfel Stück für Stück auch deutsche und NATO-Politik werden. Tatsächlich eine historische Wegmarke der NATO.

MILITÄR-„SUPERMACHT EU“

Die EU-Staaten haben vereinbart, eine EU-Interventionstruppe zu schaffen, die im Einsatz bis zu 60.000 Mann umfassen soll.

Insgesamt haben die EU-Regierungen (mit Ausnahme Dänemarks, das sich nicht an der militärischen Komponente der EU beteiligt) und der EU-Kandidaten ca. 100.000 Soldaten „angemeldet“, die Bundesregierung dazu: „Insgesamt werden von den Mitgliedstaaten rund 100.000 Soldaten bereitgestellt, von denen 60.000 für ein Jahr permanent weltweit einsatzfähig sein sollen.“

Diese Interventionstruppe soll innerhalb von 60 Tagen einsatzfähig sein. Selbst der Interventionsradius von 4.000 Kilometern rund um Brüssel wurde verbindlich festgelegt. Die EU-Interventionstruppe ist keine „stehende Truppe“, sondern wird aus den bereitgehaltenen Truppenkontingenten jeweils zusammengestellt. Die Truppe soll im Laufe des Jahres 2003 „einsatzfähig“ sein. Ob diese strenge Zeitplanung tatsächlich umgesetzt wird, ist noch offen, wird aber ständig deklariert, wie jetzt jüngst vom griechischen Verteidigungsminister. Politisch interessant ist die Zusam-

mensetzung der Truppe: Österreich: 3.500, Belgien: 1.000, Großbritannien: 12.500, Finnland: 2.000, Frankreich: 12.000, Griechenland: 3.500, Irland: 1.000, Italien: 6.000, Luxemburg: 100, Niederlande: 5.000, Portugal: 1.000, Schweden: 1.500. Deutschland stellt mit 18.000 Soldaten das mit Abstand größte Kontingent. Stolz verkündet die Bundesregierung: „Ein Drittel aus Deutschland“,²⁰ „Die Bundesregierung sagte einen Beitrag von insgesamt 32.000 Soldaten zu. Die Fähigkeiten der Bundeswehr beziehen sich vor allem auf die Bereiche Strategische Aufklärung, Führungsfähigkeit und Strategische Verlegefähigkeit.“²¹

Um 18.000 einsatzfähige Soldaten zu haben, sind 32.000 notwendig, die extra dafür ausgebildet werden, davon kommen 12.000 aus dem Heer. Zugesagt sind zudem 93 Kampf-, 35 Transport- und 3 Überwachungsflugzeuge, vier Kampfhubschrauber und Einheiten der Marine. Der Befehlshaber der EU-Truppe wird der deutsche General Rainer Schuwirth sein. Der „Kern eines Operation Headquarters der EU“ ist das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow. Die *FAZ* sagt über die Befehlszentrale in Potsdam: „Mit dem Einsatzführungskommando verfügt die Bundeswehr über einen operativen Führungsstab auf der Armee-Ebene, der in seinen Funktionen Aufgaben wahrnimmt, die in den früheren deutschen Armeen von Generalstäben wahrgenommen wurden“, also ein De-facto-Generalstab der Bundeswehr. Es wird eine gefährliche europäische Interventionstruppe unter deutscher Führung zusammengestellt für Militärinterventionen (sprich Kriegseinsätze) im Einsatzradius von 4.000 km (!) rund um Brüssel.

Interessant ist das Verhältnis der neuen NRF und der EU-Interventionstruppe. Trotz aller Beteuerungen ist es Ziel der EU-Oberen, eine Interventionstruppe, ob mit oder ohne Rückgriff auf NATO-Equipment, zu schaffen, die unabhängig von der NATO, also auch unabhängig von der USA agieren kann. Auf der Homepage der Bundesregierung hört sich das so an: „Diese Kräfte in Form einer europäischen Eingreiftruppe sollen für gemeinsame Einsätze der EU unabhängig von der NATO zur Verfügung stehen.“²² Wenn Militärinterventionen durchgeführt werden sollen,

an denen die US-Regierung kein Interesse hat oder bei denen ein anderes Interesse der US-Regierung vorliegt, dann soll in Zukunft auf die EU-Truppe zurückgegriffen werden. Insofern deutet sich also durchaus ein Konkurrenzverhältnis EU-USA an. Die Bundesregierung bezieht ihre Haltung zum Irak-Krieg „nicht aktiv mitzubomben“ auch, weil sie in der Region andere Interessen als die USA hat. Iran ist bei der US-Regierung das nächste Kriegsziel nach Irak, Deutschland aber hat enge wirtschaftliche Beziehungen zu Teheran und will diese weiter ausbauen. Die transatlantische Konkurrenz ist allerdings sehr weit weg von einer direkten auch militärischen Konfrontation. Dazu sind die Interessen der westlichen Staaten zu nah beieinander: Allen geht es um eine auch militärische Absicherung des westlichen Wohlstandes gegen alle anderen. Den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und militärischer EU machte der frühere Staatssekretär Dr. Walther Stützele aus dem deutschen Verteidigungsministerium auf dem Symposium „Sicherheit, Menschenrechte und Stabilität in Europa und der NATO“ am 28. Juni 1999 im Haus der Industrie in Wien deutlich: „Die Sache ist einfach: Eine Union, die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung. Daraus gilt es, die praktischen Schlüsse für die Tagesarbeit zu ziehen, es gilt, die zwei Prozesse miteinander zu harmonisieren und im Gleichgewicht zu halten.“

Fischer hat zusammen mit dem französischen Außenminister Dominique de Villepin dem EU-Konvent ein Papier vorgelegt, in dem sie eine Forcierung des Prozesses der „Entwicklung der militärischen Fähigkeiten“ und der „Entwicklung einer europäischen Rüstungspolitik“ vorschlagen. Zentraler Punkt in ihrem Papier ist der Vorschlag „eine solche Zusammenarbeit mit qualifizierter Mehrheit“ umzusetzen. Sprich die alte Idee eines „Kern-europa“ von Wolfgang Schäuble taucht wieder auf, Fischer hatte das als „Gravitationszentrum“ der EU bezeichnet. Der deutschen und der französischen Regierung ist es eilig mit der Herausbildung einer „Supermacht EU“ (Javier Solana in der *Die Welt*

Tony Blair zitierend),²³ bevor die NATO und damit die USA das Rennen gewonnen haben.

- 1 - vgl. z.B.: Caglar, Gazi: Die USA im Mittleren Osten und ihre „Friedensmission“: Permanenter Krieg als neue Strategie der Weltführung, <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2002/caglar.html> [12.01.2003]
- 2 - vgl. z.B. America widens 'crusade' on terror, in: BBC News, Sunday, 16 September, 2001, 20:49 GMT 21:49 UK, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/americas/1547561.stm> [25.05.2002] Das Original der Rede dokumentierte z.B. der Weekly Standard <http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/001/573whsry.asp> [25.05.2002] und in offizieller Übersetzung in Deutsch findet es sich auf der Homepage der US-amerikanischen Botschaft in Deutschland http://www.usembassy.de/policy/d13_3.htm
- 3 - vgl. taz vom 28.08.2002.
- 4 - Cichowitz, Andreas, 28.02.2002, Tagesthemen, ARD
- 5 - IMI-Studie 2001/06: IMI (Seifert, Andreas / Haydt Claudia / Pflüger, Tobias): Intervention? Mazedonien 2001. Materialien zur Diskussion um Krieg und Frieden auf dem Balkan und die Rolle der Bundeswehr, Broschüre, <http://www.imi-online.de/download/Mazedonien-Broschuere.pdf>, IMI-Studie 2001/07: Pflüger, Tobias: Mit Lügen in den nächsten Krieg. Was will die Bundeswehr in Mazedonien? in: Graswurzelrevolution 261, September 2001, <http://www.imi-online.de/download/Bundeswehr-in-Mazedonien-imi-studie-2001-07.pdf>
- 6 - <http://www.bundeswehr.de/ie/wir/einsatz/unomig.php>
- 7 - Diese „deutschen Schutztruppen“ waren beispielsweise verantwortlich für ein Massaker an den Hereros, bei dem von den ca. 70.000 Hereros mehr als 50.000 durch deutsche Schutztruppen umgebracht wurden, heute würde man sagen, die deutschen Schutztruppen betrieben eine ethnische Säuberung, einen Völkermord... Diese „deutschen Schutztruppen“ waren beispielsweise verantwortlich für ein Massaker an den Hereros, bei dem von den ca. 70.000 Hereros mehr als 50.000 durch deutsche Schutztruppen umgebracht wurden, heute würde man sagen, die deutschen Schutztruppen betrieben eine ethnische Säuberung, einen Völkermord Die Begründung des damaligen Oberbefehlshabers der deutschen Truppen General von Trotha ist im heutigen Kontext interessant: „Gewalt mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit auszuüben, war und ist meine Politik. Ich vernichte die aufständischen Stämme in Strömen von Blut und in Strömen von Geld.“ (zit. nach IPS (Inter Press Services) Dritte Welt Nachrichtenagentur GmbH (Deutschland Filiale des IPS-Inter Press Service) <http://www.ips-germany.org/countdown/1904.htm>)
- 8 - Financial Times Deutschland 24.05.2002
- 9 - vgl. hierzu u.a.:
Wagner, Jürgen: Nächster Stopp Bagdad, IMI-Analyse 2002/011, 18.03.2002, und Pflüger, Tobias: Der Stachel im Zentrum, Ein politischer Reisebericht von einem (Konferenz-)Besuch in New York im April 2002, IMI-Analyse 2002/029, 16.05.2002, www.imi-online.de
- 10 - Die Zeit, 8. Mai 2002
- 11 - Gose, Stefan: Leichtmatrosen auf Fotosafari, in: [ami 05/02](http://www.imi-online.de/2002.php3?id=57)
- 12 - Haydt, Claudia: IMI-Analyse 2002/015: Warum Somalia? - Somalische Tragödie , in: Ossietzky 06/2002, 23. März 2002, <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=57>, <http://www.imi-online.de/download/Warum-Somalia.pdf>
- 13 - Haydt, Claudia: IMI-Analyse 2002/009: Der Krieg um Somalia, in: IPPNW-Forum 74 (März 2002), <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=49>, <http://www.imi-online.de/download/somalia.pdf>
- 14 - DIE WOCHE 11.02.2002
- 15 - zit. nach Haydt, Claudia: IMI-Analyse 2002/009, a.a.O.
- 16 - zit. nach Haydt, Claudia: IMI-Analyse 2002/015, a.a.O.
- 17 - Der Spiegel, 20.04.2002
- 18 - Die Welt 18.11.2002
- 19 - IAP 6/2002
- 20 - <http://www.bundesregierung.de>
- 21 - <http://www.bundesregierung.de>
- 22 - <http://www.bundesregierung.de>
- 23 - vgl. Die Welt vom 14.12.2002